Nordbay. Nachrichten

1600 Bahnkilometer vor dem Aus?

„Auf Dauer nicht rentabel"

Die Grünen präsentieren interne Untersuchungen der DB für Bayern

MÜNCHEN — Entgegen der Versicherung des Beauftragten der Bahn AG in Bayern, Lisson, im Freistaat würden keine Strecken stillgelegt, gehen die Bündnisgrünen davon aus, daß in Bayern mehr als 1600 Kilometer Bahnstrekke „auf kaltem Wege" aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Dem bahnpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Albert Schmidt, liegen interne Papiere von Anfang dieses Jahres vor. Diesen Unterlagen zufolge wird ein Viertel des bayerischen Schienennetzes zur Disposition gestellt.

„Die Aussagen Lissons sind eine Irreführung der Öffentlichkeit, ja die Unwahrheit", schließt Schmidt aus den ihm vorliegenden Unterlagen. Daraus gehe eindeutig hervor, daß der Geschäftsbereich Netz der Bahn AG in Bayern Personen- und Güterverkehrssstrecken mit 740 Kilometern auf der „Abschußliste" habe, zusätzlich 912 Kilometer, die auf einer internen Prüfliste mit dem Vermerk „auf Dauer nicht rentabel" stünden.

Von der Stillegung bedroht? Die erst jetzt bekanntgewordenen Privatisierungspläne und Rentabilitätsuntersuchungen der DB bedeuten nach Ansicht der Grünen das „Aus" für viele Nebenstrecken in Bayern. Foto: Linke

Für Flächenstaat katastrophal

Schmidt: „Diese Strecken sollen zwar formell an Dritte zur Übernahme angeboten werden. Ein kleiner Teil wird vielleicht auch tatsächlich von Kommunen, dem Land oder Privaten übernommen, der große Rest aber wohl letztlich stillgelegt." Das aber wäre, so Schmidt, „für den Flächenstaat Bayern eine verkehrspolitische und ökologische Katastrophe. Das schöne Bayernticket würde dann nur noch auf drei Vierteln des heutigen Netzes gelten".

Schmidt hat im Prinzip nichts gegen eine Privatisierung: „Das kann ja sinnvoll sein." Doch was sich nun anbahne, habe nichts mit einer Privatisierungsmaßnahme, sondern schlicht mit verbrämten Stillegungsplänen zu tun: „Wenn sich keiner findet, darf stillgelegt werden", so das Motto bei der Bahn.

Für den Bündnisgrünen ist das ein „kaltschnäuziges Unterlaufen der Bahnreform". Denn Streckenlängen in dieser Größenordnung können nicht von heute auf morgen erfolgversprechend privatisiert werden, meint der Verkehrspolitiker.

Daß es der Bahn AG letztlich nur darum gehe, unrentablen Bestand abzustoßen beziehungsweise am Ende stillzulegen, sieht der Bündnisgrüne durch interne Vermerke aus einer Besprechung des Geschäftsbereichs Netz über sogenannte „Schwachlaststrecken" bestätigt.

Dort wird unter anderem festgehalten, daß „investive und instandhaltende Maßnahmen" auf diesen Strecken „restriktiv zu handhaben" seien. Schmidt: „Sie werden also dem Verfall preisgegeben." In einem Papier des Gesamtbetriebsrats der Bahn AG wird darauf verwiesen, Investitionen würden künftig nur noch auf wirtschaftlich tragfähige Strecken konzentriert und „ausschließlich nach unternehmerischen Kriterien gesteuert, nicht mehr nach politischen Forderungen".

Der Bundestagsabgeordnete: „Es geht nicht an, daß ein paar durchgeknallte Privatisierungsfetischisten in Frankfurt darüber bestimmen, ob es morgen noch ein ausreichendes Schienennetz in Bayern gibt." Nur eine moderne Flächenbahn könne das Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität bilden. Schmidt: „Die Politik muß der Bahn AG auf die Finger klopfen."

Die Grünen fordern die Bildung einer „Infrastrukturgesellschaft mbH", an der je zur Hälfte Bund und Länder beteiligt sein müßten. Denn der Geschäftsbereich Netz AG sei eine „Fehlkonstruktion". Außerdem verlangt Schmidt eine Übertragung von 20 Prozent aller Schienenbaumittel des Bundes an die Länder. Das wären rund 1,5 Milliarden Mark. Zudem müsse bei Übertragung der Bewirtschaftung von Strecken auf Länder eine Ausstattung mit Finanzmitteln aus der Mineralölsteuer angestrebt werden.

Der DB-Beauftragte für Bayern, Peter Lisson, hatte erst Ende Februar beteuert, die Bahn wolle im Freistaat keinerlei Strecken oder Bahnhöfe stillegen. Überlegungen des Konzerns bezögen sich ausschließlich auf unrentable Strecken in den neuen Bundesländern. FRIDOLIN ENGELFRIED

Zum Thema

In Mittelfranken sind es vor allem Strecken des Güterverkehrs, die die Bahn den Grünen zufolge zum „Abschuß", sprich zur Privatisierung und zu einer sehr wahrscheinlichen dauerhaften Stillegung freigegeben hat.

Betroffen sind die Linien Hilpoltstein—Thalmässing, Nördlingen—Wassertrüdingen, Dombühl—Wilburgstetten, Erlangen-Bruck—Frauenaurach und Nürnberg-Mögeldorf—Dutzendteich. In den angrenzenden Regierungsbezirken soll laut Bahnplänen auf den Routen

Zum „Abschuß" freigegeben?

Forchheim—Hemhofen, Strullendorf—Ebrach, Pressath—Grafenwöhr, von Frenzdorf nach Schlüsselfeld und auf den 48 Kilometern von Kitzingen nach Schweinfurt kein Güterzug mehr unter DB-Regie rollen.

Beim Personenverkehr wünscht sich die Bahn „schnelle Privatisierungen" unter anderem auf den Strecken Gemünden—Bad Kissingen (derzeit 22 Züge am Tag), Cham—Kötzting (12 Züge), Neumarkt-St. Veit—Passau (20 Züge), aber auch die Linien Zwierel—Grafenau, Coburg—Rodach, Breitengüßbach—Ebern und bei der Fichtelgebirgsbahn von Bayreuth nach Warmensteinach.

Weitere Strecken wurden bei der DB-Rentabilitätsuntersuchung nur „geprüft", sind aber nach Ansicht der Grünen noch längst nicht in ihrem Bestand gesichert. In Mittelfranken sind dies (Personenverkehr): die Route Lauf (links der Pegnitz)—Pommelsbrunn (derzeit 46 Züge am Tag), Siegelsdorf— Markt-Erlbach (25 Züge), Roth— Hilpoltstein (32 Verbindungen), Neunkirchen—Simmelsdorf (32 Züge) und Steinach—Rothenburg o. d. T. (26 Züge). gl